



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

R/XII/256 - 8. November 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21881 - 85
Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur Eisenhower-Rede	S. 1
Rot-Kreuz-Fehlschlag in Neu-Delhi	S. 3
"Offiziersverschwörung" in Pankow?	S. 4
Chancen und Gefahren beim Atomgesetz	S. 5
MdB Adolf Arndt: Aufschlussreiche Dokumentation	S. 5

Politik der Rüstungsspirale

sp. Die von der ganzen Welt mit Spannung erwartete Rundfunkansprache des US-Präsidenten Eisenhower brachte keine Überraschung. Der Präsident nannte den erfolgreichen Start der beiden sowjetischen Erdsatelliten ein "Ereignis von größter Wichtigkeit", behauptete jedoch, dass dieses Ereignis "noch keine unmittelbare Auswirkung auf die Sicherheit der Nation" habe. Die militärische Bedeutung der "Sputniks" erblickt Eisenhower in der von der Sowjets entwickelten Qualität der Antriebskräfte. Mit einem gewissen Stolz wies Eisenhower auf die Spitze eines Flugkörpers in seinem Arbeitszimmer hin, von dem er behauptete, dass es sich um ein Raketenstück handle, das hunderte von Meilen im äusseren Weltraum gewesen und "völlig unversehrt zurückgekehrt" sei. Im übrigen versicherte Eisenhower, jetzt würden die Vereinigten Staaten alle ihre Kräfte zur Leistungsteigerung auf dem Gebiete der Ferngeschosse koordinieren und gab die Ernennung des Präsidenten des Technologischen Instituts von Massachusetts, Kilian, zu seiner wissenschaftlichen Sonderberater bekannt. Eisenhower betonte auch, dass die amerikanische Überlegenheit auf dem Gebiet der Kernwaffen "nach wie vor gesichert" sei, dass aber der Austausch wissenschaftlicher Erfahrungen und Hilfsmittel unter den Nationen der freien Welt jetzt vorangetrieben werden müsse.

Wenige Stunden vorher hatte der sowjetische Verteidigungsminister Malinowski bei der Parade zum 40. Jahrestag der Oktober-Revolu-

tion in Moskau erklärt, die sowjetischen Streitkräfte seien stärker denn je und könnten "jeden Angreifer zerschmettern" ...

Auf dem Hintergrund der gegenseitigen Versicherung, man sei stärker als der andere, soll also weiter Politik gemacht werden. Eine wenig tröstliche Aussicht! Im Effekt können nämlich diese Versicherungen niemanden beruhigen; am allerwenigsten die Völker, - auch die Völker der sogenannten starken Nationen - die sich nach Frieden sehnen.

Was ist aus den Appellen der Atomwissenschaftler geworden, die die Politiker in Ost und West vor den furchtbaren Folgen einer hemmungslosen "Politik der Stärke" gewarnt haben? Sollten ihre Appelle vergessen sein? Hat sich ein Albert Schweitzer, hat sich der Papst vergebens an die Mächtigen dieser Erde gewandt?

Wir zweifeln keinen Augenblick daran, dass die Amerikaner jetzt alle Anstrengungen machen werden, um den Vorsprung der Russen auf dem Gebiet der Raketenforschung so schnell wie möglich einzuholen. Wir zweifeln aber ebenfalls nicht daran, dass die Russen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen werden, ihren Vorsprung zu erhalten.

Die Staatsmänner in Ost und West sagen immer wieder, sie wären zur Abrüstung bereit, wenn der andere ihre Abrüstungsvorschläge annehmen würde. Was bisher dabei herauskam, ist hinreichend bekannt. Diese Art von "Politik" ist die fürchterliche Bankrotterklärung menschlichen Bemühens um eine politische und friedliche Lösung der Weltprobleme. Die von beiden Seiten nunmehr seit Jahren praktizierte Politik des Entweder-Oder hat uns an diesen Punkt gebracht; sie hat uns alle in eine Rüstungsspirale hineingedreht. Es wäre an der Zeit die Idee Albert Schweitzers aufzugreifen und das Weltgewissen gegen die Fortsetzung des Rüstungswahnsinns zu mobilisieren!

Menschlichkeit unterlag der Machtpolitik

ler. Die Hoffnung, der 19. Konferenz der Roten-Kreuz-Gesellschaft werde ein guter und versöhnlicher Geist beschieden sein, hat getrogen. Ohne Beschlussfassung gingen die Vertreter von 83 Ländern auseinander, mehr noch, sie schieden bitterböse und von Hader zerrissen voneinander. Der westöstliche Gegensatz hatte seinen Schatten auch auf Neu-Delhi geworfen. Die Annahme einer amerikanischen Entschliessung (62 : 44 Stimmen) führte zum turbulenten Bruch. Diese Entschliessung besagte, jede Delegation soll unter dem offiziellen Namen ihres Landes eingeladen werden - das war ein deutlicher Affront gegen Peking, aber auch gegen den indischen Gastgeber, der sich weigerte, die Abordnung von Formosa als die Sprecherin von ganz China anzuerkennen. Die Delegationen von 18 Ländern verliessen daraufhin die Konferenz, darunter auch deren Vorsitzende, die Präsidentin des Indischen Roten Kreuzes. Den Bemühungen vieler Vertreter auch aus den westlichen Ländern, der amerikanischen Entschliessung ihren provokatorischen Charakter zu nehmen, blies der Erfolg versagt. Leider gehörte auch die Delegation der Bundesrepublik trotz schwerer Bedenken zu den "Ja-Sagern", wogegen sich die Briten der Stimme enthielten.

Die Konsequenzen dieses Scheiterns der Konferenz, zu der jahrelange und gründliche Vorarbeiten nötig waren, sind unübersehbar. Ihr Hauptzweck galt der Beratung des Entwurfes eines neuen Abkommens zum Schutz der Zivilbevölkerung gegen die Gefahren atomarer, chemischer, bakteriologischer und raketengetriebener Waffen. Zwar kann das Rote Kreuz die Anwendung von Kernwaffen nicht verbieten, aber im Rahmen seiner humanitären Verpflichtungen galt es, eine dem Atomzeitalter angemessene Lösung zu finden.

Im Kernstück des Entwurfes hiess es: "Unbeschadet eines bestehenden oder künftigen Verbotes bestimmter Waffen ist der Gebrauch von Kampfmitteln verboten, deren schädliche Wirkung - insbesondere durch Ausbreitung von brandstiftenden, chemischen, bakteriologischen, radioaktiven - sich unter Gefährdung der Zivilbevölkerung in unvorhergesehener Weise ausbreiten oder räumlich oder zeitlich der Kontrolle desjenigen erzielen könnte, der sie anwendet".

Dies beinhaltet also kein Verbot von Kernwaffen - das können nur die Regierungen aussprechen - wohl aber eine gewisse Begrenzung. Der Bruch in Neu-Delhi liess es nicht einmal dazu kommen.

Damit bleibt die Teufelstür zum totalen Einsatz aller Massenvernichtungswaffen weit geöffnet; denn es gibt völkerrechtlich nun keine Normen, die den Atommächten noch gewisse Zurückhaltung auferlegen - sofern sie es nicht aus eigenem Antrieb tun. Die Konferenz in Neu-Delhi wurde ein Opfer der wieder neu ansteigenden Spannung zwischen West und Ost. Der Fehlschlag von Neu-Delhi macht wieder einmal schmerzlich deutlich, auf welch gefährlichen Graden heute die Welt wandelt und wie unübersteigbar noch die Berge des Misstrauens sind, die West und Ost voneinander trennen. Selbst die Roten-Kreuz-Gesellschaften können sich dem Einfluss dieses Klimas nicht entziehen, dabei sind sie doch am ehesten berufen, Brücken zwischen den Völkern zu schlagen. Machtpolitik und die Sucht nach falscher Prestige sind auf dem besten Wege, den Raum des Menschlichen und des Völkerverbindenden noch mehr einzuschränken.

Der Shukow-Komplex

K.J. Am vorigen Sonntag wunderten sich die Teilnehmer der ostberliner Oktoberrevolutions-Vorfeier, dass der als Redner angekündigte SED-Sekretär nicht erschienen war. Er sei verhindert, wurde erklärt. Inzwischen weiss man, was Ulbricht abgehalten hatte: Die sowjetische Erklärung zum Sturze Shukows.

Ulbricht fuhr ins Hauptquartier der "Nationalen Volksarmee" nach Strausberg, begleitet von Verteidigungsminister Willi Stoph, um dem Führungsstab der Armee klarzumachen, dass die Partei, und nur die Partei, die erste Kraft im Staate darstelle. Er rüffelte mehrere Generäle, darunter den Stabschef, Generalleutnant Vincenz Müller, "Diskussionen über die Absetzung Marschall Shukows geduldet zu haben", Wehr ist nicht bekannt - ausser, dass einige Dutzend Offiziere versetzt werden und "andere Aufgaben" erhalten sollen, dass Ulbricht die ganze Hoffungslosigkeit möglicher Offiziersverschwörungen in der "DDR" ausdrückte. Das Organ der Zonenstreitkräfte, "Die Volksarmee", berichtete lediglich, man werde aus dem Fall Shukow "Schlussfolgerungen ziehen" und die führende Rolle der Partei in der Armee stärker verankern.

Dass es in der Pankower "Volksarmee" eine Offiziersverschwörung geben könnte, ist mehr als unwahrscheinlich. Bei den Sowjets hat ein Bonapartismus keine Chance, und in der Zone erst recht nicht. Dazu reicht der Arm der Partei viel zu weit in die Armee. Ulbricht wird vielmehr die günstige Gelegenheit des Shukow-Sturzes benützt haben, um noch einmal eindeutig klarzumachen, wer Herr im Hause ist. Es mag in der Armee ehrgeizige Offiziere geben, die sich ein stärkeres Gewicht gegen die Politbrosks wünschen - aber wenn sie klug sind, werden sie wissen, dass dieses Ziel nur über höchstmögliche Parteilergebenheit zu erreichen ist. Genau das hat Ulbricht sagen wollen.

Die Gefahr, die den SED-Regime von seiner "Volksarmee" droht, liegt nicht in der politischen Aktivität, sondern in der Passivität. Die Masse der Soldaten - und nicht wenige Offiziere - wollen von Politik nichts wissen. Für sie ist das Waffenhandwerk ein Job, besser als die Arbeit in einem VEB. Immerhin verdient ein zwanzigjähriger Leutnant runde 1 000 DM-Ost. Politische Schulung ist ein notwendiges Übel, zum Kummer der Machthaber meistens ungenossen, wennes in der Freizeit stattfindet und zur Teilnahme kein ausdrücklicher Befehl vorliegt. Die Offiziere der NVA gehören zu der Schicht von Staatsbrüchern, die Milovan Djilas die "neue Klasse" nennt. Sie werden sich nicht gegen den Brotgeber Staat verschwören, zumindest nicht im Augenblick. Von der Aversion vieler gegen die kommunistische Ideologie soll in diesem Zusammenhang nicht die Rede sein: Sie führt gegebenenfalls zur Flucht in den Westen, selten zum Widerstand.

Die SED möchte begreiflicherweise Soldaten und Offiziere zu aktiven Kommunisten machen und den Parteeinfluss in der Armee stärken. Der Shukow-Sturz bietet ihr dazu willkommene Veranlassung. Es geht nicht gegen potentielle Verschwörer - wenigstens heute und morgen nicht - , sondern gegen die politische Passivität. Und auch sie ist natürlich eine Gefahr.

Chancen und Gefahren beim Atomgesetz

FB. - In einem Gespräch mit Journalisten hat Bundesatomminister Dr. Balke am Donnerstag angekündigt, dass in der Bundesrepublik ein Reaktorenprogramm mit einem Kostenaufwand von 1 Milliarde DM verwirklicht werden soll. Vor wenigen Tagen hat der Versuchsreaktor in München-Garching probeweise gearbeitet. In den norddeutschen Ländern werden die Arbeiten für den Schiffsantrieb durch Atomenergie energisch vorangetrieben. Kurzum, es tut sich auch in der Bundesrepublik etwas auf dem Gebiet der Atomenergie. Der entscheidende Mangel aber ist, dass es nach wie vor kein Bundesatomgesetz gibt und die Länder hilfweise versuchen mussten, die nächsten Aufgaben mit der Landesgesetzgebung zu bewältigen.

Man braucht an dieser Stelle die Schuldfrage an diesem Zustand nicht noch einmal in aller Ausführlichkeit zu untersuchen, zumal es einwandfrei feststeht, dass der Bund schon heute ein Atomgesetz haben könnte, wenn Dr. Adenauer und die CDU der in der zweiten Legislaturperiode erzielten Kompromiß aller Fraktionen nicht zu Fall gebracht hätten.

Es ist nicht zu erwarten, dass die Bundesregierung in den nächsten Tagen einen neuen Gesetzentwurf einbringen wird; denn in der Liste der Gesetze, die im zweiten Bundestag nicht erledigt werden konnten und durch Beschluß des Bundeskabinetts vor Donnerstag dieser Woche unverändert wieder eingebracht werden sollen, steht das Atomgesetz nicht. Bundesminister Balke hat angedeutet, dass man einige Änderungen vornehmen wolle. Offensichtlich aber sollen sich diese Änderungen nur auf eine Neufassung der Haftungsbestimmungen beziehen, d. h. man will am Prinzip nichts ändern und glaubt, ein Atomgesetz ohne vorangegangene Grundgesetzergänzung verabschieden zu können.

Vor diesem Weg, den die Bundesregierung also gehen will, kann man nur warnen. Ein Atomgesetz ohne eine Grundgesetzergänzung, die ausschließlich die friedliche Verwendung der Atomenergie zuläßt, bedeutet, dass man sich den Weg freihalten will, eines Tages in der Bundesrepublik eventuell auch Atomwaffen selbst zu produzieren. Die Bundesregierung hat in den Pariser Verträgen freiwillig auf die Herstellung von ABC-Waffen verzichtet. Was hindert sie also daran, diesen Verzicht auch durch eine Grundgesetzergänzung zu manifestieren? Ein solcher Schritt könnte zudem außerordentlich günstige außenpolitische Folgen haben und den deutschen Willen dokumentieren, in den Abrüstungsbestrebungen einen Beitrag zu leisten.

Die Bundesrepublik ist gegenüber den westlichen Ländern in der Anwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke ohne Zweifel weit zurück. Sie muß, wenn sie ein Industriestaat erster Ordnung bleiben will, diesen Rückstand mit allen Kräften aufholen. Die Sozialdemokraten sind bereit, auf dem Gesetzgebungswege und mit den finanziellen Mitteln des Bundes dabei soweit wie möglich zu helfen. Voraussetzung ist jedoch eine saubere Lösung beim Atomgesetz. Die Bundesregierung sollte sich sorgsam überlegen, ob es auf diesem Gebiet nicht darauf ankommt, eine gemeinsame Auffassung aller Fraktionen zu erreichen, anstatt mit Mehrheit Lösungen zu treffen, die erbittert umstritten sein werden.

Eine Dokumentation
zur gewaltsamen Unterdrückung der SPD im Jahre 1933

Von Dr. Adolf Arndt, MdB

Zu den Behauptungen, die von der CDU/CSU im Wahlkampf 1957 wider besseres Gewissen planmäßig von Ort zu Ort durch eine Flüsterpropaganda insbesondere der Jungen Union verbreitet wurden, gehörte auch die Lüge, die SPD hätte in der Weimarer Republik von 1919 bis 1933 regiert; man brauche nur das Versagen jener SPD-Regierungen in der Weimarer Zeit mit den Leistungen der CDU-Regierung in der Bundesrepublik zu vergleichen, um selber feststellen zu können, dass damals die SPD-Regierung zur Massenarbeitslosigkeit geführt und Hitler an die Macht gebracht habe, während jetzt der CDU-Regierung ein beispielloser Aufstieg und die Vollbeschäftigung zu verdanken seien; es wäre eine "Lüge", dass Hitler im Jahre 1933 die SPD gewaltsam unterdrückt hätte, in Wahrheit sei die SPD damals vielmehr selbst am Ende gewesen. Sogar Bundestagskandidaten wie der Regierungsrat Dr. Aigner (CDU), jetzt MdB, haben sich nicht gescheut, einen so verleumderischen Unsinn öffentlich zu verbreiten, so dass ich in einer Versammlung in Sulzbach-Rosenberg (Franken) erklärte, nicht einmal Hundhammers Rohrstock könnte so viel Dummheit austreiben.

Am 2. Mai 1933 wurde der letzte Direktor der Bank der Arbeiter, angestellten und Beamten AG. in Berlin, Geheimer Regierungsrat Ministerialdirektor i.R. Dr. Heinrich Bachem von der SA aus seinem Arbeitsraum in dieser Bank gewaltsam fortgeholt und solange im Kohlenkeller eines SA-Lokals eingesperrt, bis er unterschrieb, dass er auf alle Rechte aus seinem Vertrag mit der Bank verzichte. Am 17.9.1934 verstarb Bachem an den Folgen dieser Freiheitsberaubung. Als Prozessbevollmächtigter seiner Witwe habe ich den gewaltsam erzwungenen Verzicht angefochten und am 13. März 1935 in den Akten 204 O 71/35 vor der 4. Zivilkammer des Landgerichtes Berlin Klage gegen die Bank erhoben, die inzwischen ihren Namen in Bank der Deutschen Arbeit AG. geändert hatte. Dieser beim Landgericht Berlin rechtshängig gewordene Zivilprozess ist niemals gerichtlich entschieden worden. Ich bekam eines Tages ein Schreiben des Polizeipräsidenten in Berlin, Abt. V,

im Auftrage gezeichnet Jordan, dass der Reichs- und Preussische Minister des Innern mit Erlasse vom 30. November 1935 der Weiterverfolgung des Anspruches im Rechtswege widersprochen und folgende Ausgleichsentscheidung getroffen habe:

"Der von der Klägerin Wwe. Anita Bachem geb. Clason geltend gemachte Anspruch wird für unbegründet erklärt".

Vor diesem bemerkenswerten Ende eines gerichtlichen Verfahrens hatte die Bank der Deutschen Arbeit AG. durch Rechtsanwalt Dr. Gustav Bähren mit Schriftsatz vom 13. April 1935 folgendes vortragen lassen:

"Die Klägerin wird nicht bestreiten können, dass ihr verstorbener Ehemann im Zuge der nationalsozialistischen Revolution und der damit verbundenen Umstellungen und Gleichschaltungen von seinen bisherigen Posten bei der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten abberufen worden ist. Schäden, die einzelnen aus Handlungen während der nationalsozialistischen Revolution erwachsen sind, sollen nach billigem Ermessen aufgrund des Gesetzes zum Ausgleich bürgerlich-rechtlicher Ansprüche vom 13. Dezember 1934 ausgeglichen werden.

Die Anwendung dieses Gesetzes auf Fälle der vorliegenden Art war eine Zeit lang strittig, ist jetzt aber durch die abschriftlich anliegende Auskunft des Reichsministers des Innern vom 30. März 1935 dahin eindeutig geklärt worden, dass auch solche angeblichen Schäden unter dieses Gesetz fallen.

Kurz sei noch darauf hingewiesen, dass die Beklagte ein hundertprozentiges nationalsozialistisches Unternehmen ist, ihr Aufsichtsrat besteht aus prominenten Nationalsozialisten, so dass es nach der Beschlagnahme des Gewerkschaftsvermögens für das Weiterbestehen untragbar war, den verstorbenen Ehemann der Klägerin länger in seinem Amte zu belassen. Die angeblichen Ansprüche der Klägerin sind also durch die nationale Erhebung bedingt; sie können nur im Wege des Ausgleichsgesetzes nach billigem Ermessen geprüft und ein evtl. ihr entstandener Schaden hiernach gutgemacht werden".

Bezeichnend hieran ist, dass jener "Rechtsanwalt" sich keineswegs auf die Schein-Legalität der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft berief, die man nach 1945 geltend zu machen pflegte, sondern dass er in aller Brutalität auf eine "Revolution" packte.

In einem zweiten und letzten Schriftsatz Bährens vom 23. April 1935 heisst es in gleicher Weise:

"... Die Klägerin wird nicht bestreiten können, dass ihr verstorbener Ehemann bei einem Unternehmen tätig war, dessen Vorstand und Aufsichtsrat aus hundertprozentigen Sozialdemokraten bestand. Aufsichtsratsvorsitzender der vormaligen Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG. war Herr L e i p a r t , gegen den die bekannte, abschriftlich beifolgende Beschlagnahmeordnung vom 9./12. Mai 1933 ausgebracht wurde. Im Aufsichtsrat befand sich

Überdies noch andere prominente Angehörige der SPD. Während der nationalsozialistischen Revolution und der Besetzung des Aufsichtsrates mit hundertprozentigen Nationalsozialisten war es ganz selbstverständlich, dass der bisherige Leiter einer nur sozialdemokratisch geführten Bank entlassen werden musste ..."

Mit diesem Schriftsatz wurden in Abschrift die folgenden Dokumente zugestellt:

" A b s c h r i f t

1. pol. J. 1826/33

Beglaubigte Abschrift

Beschlagnahmeordnungen
des Generalstaatsanwalts bei dem Landgericht Berlin
in der Strafsache gegen Leipart und Genossen

1. pol. J. 1826/33

In den Ermittlungsverfahren gegen Leipart und Genossen, betreffend Korruption bei den freien Gewerkschaften wird aufgrund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 das Vermögen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der sozialdemokratischen Zeitungen und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold beschlagnahmt.

Berlin, den 9. Mai 1933

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht I
gez. Dr. Burchardi
Oberstaatsanwalt

Die am 9. Mai 1933 angeordnete Beschlagnahme wird dahin ergänzt, dass auch das Vermögen der freien Gewerkschaften, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, aller ihnen angeschlossenen Gewerkschaften, sowie aller ihnen angeschlossenen Vermögensverwaltungen beschlagnahmt wird.

Als verfügungsberechtigter Pfleger der beschlagnahmten Vermögen wird der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. L e y, bestimmt, der auch berechtigt ist, Bevollmächtigte zu ernennen. Die getroffenen Massnahmen erscheinen geboten, um eine geordnete Verwendung des deutschen Arbeitervermögens zu gewährleisten.

Berlin, den 12. Mai 1933

Der Generalstaatsanwalt
des Landgerichts I
Im Auftrage:
gez. Dr. R a n k e r
Oberstaatsanwalt

Funkspruch an alle Polizeiverwaltungen durch das Geheime
Staatspolizeiamt:

In Erläuterung der Beschlagnahmeordnungen vom 9. und 12. Mai 1933 in der Strafsache gegen Leipart und Genossen wegen Untreue (1. pol. J. 1826/33) wird zur Behebung von Zweifeln und

Mißverständnissen folgendes mitgeteilt:

Die beschlagnahmten Wirtschaftsbetriebe und Einrichtungen der SPD, der SPD-Zeitungen, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und der Freien Gewerkschaften werden von dem Führer der Deutschen Arbeitsfront, Präsidenten des Preussischen Staatsrats Dr. L e y , Berlin SW, Wallstrasse 65, als Pfleger verwaltet.

Als Unterpfleger für die vorbezeichneten Vermögen mit Ausnahme der Gewerkschaftskassen ist der beauftragte Leiter der wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiter- und Angestelltenverbände, Bankdirektor Karl W ü l l e r , Berlin SW, Wallstrasse 65, bestellt.

Für die Verwaltung der Kassen der Freien Gewerkschaften ist als Unterpfleger der Schatzmeister der Deutschen Arbeitsfront B r i n k m a n n eingesetzt.

Die Bestellung von weiteren Unterpflägern und die Anordnung wirtschaftlicher Massnahmen betreffend die beschlagnahmten Vermögenswerte steht ausschliesslich den Unterpflägern Karl Müller und Brinkmann zu, an die alle einschlägigen Anfragen und Anträge unmittelbar zu richten sind.

Fragen, die die Zulässigkeit von Beschlagnahmen betreffen, sind an mich zu richten.

Berlin, den 7. Juni 1933

Der Generalstaatsanwalt
bei den Landgericht I
gez. Dr. R a n k e r
Oberstaatsanwalt "

Diese Beschlagnahmen entbehren jeder Rechtsgrundlage. Das Ermittlungsverfahren gegen Leipart, an dessen Verteidigung ich als Rechtsanwalt beratend mitwirkte, ist niemals durchgeführt worden. Der gegen Leipart erhobene Vorwurf einer angeblichen "Korruption" war nicht als eine politische Diffamierung. Weder vor noch nach 1933 hat es jemals einen Straftatbestand der "Korruption" gegeben. Niemals konnte ein Strafgesetz genannt werden, das die Verhaftung Leiparts als des Aufsichtsratsvorsitzenden der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG. sowie die Beschlagnahme des gesamten Vermögens des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands irgendwie hätte rechtfertigen können. Diese Dokumente enthüllen in so eindeutiger Weise den verbrecherischen Raub des Partei- und Gewerkschaftsvermögens in Wege der Rechtsbeugung, der Verfolgung Unschuldiger und politischer Gewaltakte, dass sich jeder Kommentar erübrigt. Diese Dokumente zeigen schliesslich leider auch, wie haltlos die Legende von einer Kollektivschuld der Justiz und wie erfunden die Behauptung ist, dass man im Jahre 1933 das Verbrecherische der NSDAP gar nicht habe erkennen können.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel